

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Ursula Albel

Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de

Datum 08.03.2007

Drucks. Nr. VO/0253/07
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
21.03.2007	Hauptausschuss
26.03.2007	Rat der Stadt Wuppertal

Resolution gegen die Auflösung des Versorgungsamtes Wuppertal
Antrag der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 08. März 2007

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Wuppertal möge folgende Resolution beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung und den Landtag auf, die zum 01.01.2007 beschlossene Auflösung des Versorgungsamtes Wuppertal und die Verlagerung der Aufgaben auf die Kreise und kreisfreien Städte zurück zu nehmen. Angesichts der speziellen Aufgaben der Behörde und der gewachsenen Strukturen kann eine Verlagerung insgesamt nur unwirtschaftlich sein und zu Lasten der betroffenen BürgerInnen und der Kommunen gehen.

Begründung:

Zum Zuständigkeitsbereich des Versorgungsamtes Wuppertal gehören die kreisfreien Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal. Das Amt ist für die Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen zuständig. Es ist auch Anlaufstelle für AntragstellerInnen von Elterngeld, für Kriegssopfer und Menschen, denen Opferentschädigung zusteht, für Soldaten, Zivildienstleistende und Impfgeschädigte. Auch Häftlingshilfen und arbeitsmarktpolitische Förderprogramme werden vom Amt geleistet bzw. durchgeführt.

Nach der Auflösung sollen die Aufgaben des sozialen Entschädigungsrechts auf die Landschaftsverbände und die Aufgaben des SGB IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – ebenso wie die Bearbeitung der Elterngeldanträge auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen werden.

Der Rat der Stadt wendet sich gegen die Auflösung, da diese Zersplitterung von Fachwissen und Kompetenz nur zu Qualitätsverlusten bei der Bearbeitung führt.

Das Gutachten, das die Bezirksregierung Münster in Auftrag gegeben hat, stellt fest, dass bei den untersuchten verschiedenen Szenarien keine der Lösungen auch nur annähernd so wirtschaftlich sein wird wie der derzeitige Gesetzesvollzug durch die 11 Versorgungsämter in NRW. Die Auflösung der Versorgungsämter führt dazu, dass der Haushaltsansatz der Landesregierung sich immens erhöhen wird und sich somit kein Vorteil ergibt.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August

Elke von der Beek

Gerd-Peter Zielezinski

Stadtverordnete

Stadtverordnete

Fraktionsvorsitzender